

1:



Beschlüsse

**des SPD-Bezirksparteitags Unterfranken
am Samstag, den 20. Juli 2024, in Haibach**

2:

Die beschlossenen Anträge des Bezirksparteitags:

Mehr politische Bildung, mehr Rechtsextremismusprävention	S. 3
Mehr Bildungsgerechtigkeit	S. 5
Mastadon statt X	S. 6
KI-Inhalte deutlich kennzeichnen	S. 7
Finanzen, Energie, Rente, Klima: Ziele formulieren und durchsetzen	S. 8
Mut zur Veränderung	S. 9

Die beschlossenen Resolutionen des Bezirksparteitags:

Tarifbindung am Klinikum Aschaffenburg/Alzenau	S. 11
Tarifkonflikt am Universitätsklinikum Würzburg	S. 12
Stellenabbau bei der Fa. Preh	S. 13

3:

1 Antragssteller: UB Würzburg-Stadt

2

3 Adressaten: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Landtagsfraktion

4

5 **Mehr politische Bildung in staatlichen und staatlich anerkannten** 6 **Bildungseinrichtungen mit Fokus auf Rechtsextremismusprävention**

7

8 Beschluss:

9

10 1. Die politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen muss ausgeweitet und
11 angepasst werden. Es muss ein Fokus darauf liegen, welche Gefahr der
12 Rechtsextremismus bedeutet, welche Methoden rechtsextreme
13 Gruppierungen nutzen und wie Schüler*innen sich davor schützen können.
14 Insbesondere folgende Inhalte sind zu vermitteln:

- 15 - Darstellung der Gefahr des Rechtsextremismus für die Demokratie und
16 marginalisierte Gruppen
- 17 - Warnung vor Methoden rechtsextremer Strukturen/Parteien zur
18 Anwerbung junger Menschen
- 19 - Darlegung des historischen Hintergrunds und Vergleich zu aktuellen
20 rechtsextremen Parteien und deren Forderungen
- 21 - Darlegung der Unterschiede zwischen Demokratie und Autoritarismus
22 unter Darlegung der Vorzüge der Demokratie für die Gesellschaft und das
23 Individuum
- 24 - Einflussmöglichkeiten des Individuums in der Demokratie und Stärkung
25 des Gefühls der Selbstwirksamkeit im demokratischen Prozess

26

27 2. Wir leben in einer wehrhaften Demokratie. Die Mittel, die zu ihrem Schutz zur
28 Verfügung stehen, müssen erklärt werden. Teil der politischen Bildung
29 an allgemeinbildenden Schulen muss die Einordnung aktueller
30 undemokratischer Ereignisse, Debatten und Aussagen sein. Dazu gehört
31 insbesondere die Benennung von Personen und Gruppierungen durch
32 Lehrkräfte und sonstige verantwortliche Fachkräfte.

33

34 3. Der Fokus auf Darlegung der Gefahren des Rechtsextremismus und
35 die Prävention vor Rechtsextremismus darf nicht allein im
36 Rahmen politischer Bildung erfolgen, sondern muss fächerübergreifend
37 im Kontext des jeweiligen Unterrichtsfaches stattfinden, zum Beispiel im
38 Geschichts-, Deutsch oder Religions-/Ethikunterricht.

39

40 4. Der Freistaat Bayern hat ein Gesamtkonzept für politische Bildung
41 beschlossen. Das Allgemeinziel "politische Bildung" greift den
42 Themenkomplex „Gefahren des Rechtsextremismus und Prävention vor
43 Rechtsextremismus“ nicht auf. Dieses allgemeine Ziel, das aktuell in dem am
44 16.08.2017 beschlossenen „Gesamtkonzept für politische Bildung“
45 vorgeschrieben ist, muss konkretisiert werden.

46

47 Dafür müssen folgende Punkte aufgenommen werden:

4:

- 48 - Rechtsextremismus muss als Gefahr für die freiheitlich demokratische
- 49 Grundordnung benannt werden
- 50 - Rechtsextremismusprävention muss als Ziel für die politische Bildung
- 51 fächerübergreifend ausgegeben werden
- 52 - Der Umfang der Sozialkundenstunden soll erhöht werden.

53

54 Begründung:

55

56 Ziel der politischen Bildung in allgemeinbildenden Schulen in Bayern ist es
57 Schüler*innen zu mündigen Bürger*innen zu machen, die sich in einer pluralen
58 Gesellschaft ihre eigene Meinung bilden können und dementsprechend innerhalb
59 einer Demokratie navigieren.

60

61 Obwohl die freiheitlich demokratische Grundordnung dabei Grundlage sein soll, wird
62 außer Acht gelassen, dass es Kräfte, Parteien und Personen gibt, die diese
63 freiheitliche, demokratische Grundordnung unterwandern wollen.

64

65 Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie, deshalb muss es
66 Teil der politischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen sein über diese
67 Gefahr aufzuklären. Dazu gehört nicht nur die Darstellung der Gefahr, sondern auch
68 Aufklärung über die Methoden von rechtsextremen Gruppierungen und
69 Möglichkeiten, wie man sich davor schützen kann.

70

71 Gerade Kinder und Jugendliche sind in ihrer politischen Entwicklung noch nicht
72 ausgereift und beeinflussbar. Rechtsextreme Kräfte können besonders einfach auf
73 sie einwirken. Es ist Aufgabe und Pflicht der Schule, Jugendliche über diese Gefahr
74 aufzuklären und ihnen die Mittel an die Hand zu geben, Gefahren für die Demokratie
75 zu erkennen und sich selbst vor Rechtsextremen Gedankengut zu schützen.

76

77 Der Rechtsruck, der in der letzten Zeit immer stärker zu Tage tritt (Wahlerfolge der
78 AfD, rechtsextremer Terror wie NSU oder der Anschlag von Hanau sowie zahllose
79 Anschläge auf Geflüchtetenunterkünften) erfordert, dass Kinder und Jugendliche
80 stärker in den Fokus der Prävention vor Rechtsextremismus genommen werden. Die
81 Stärkung des Demokratiebewusstseins erfordert neben der Vermittlung
82 demokratischer Werte auch die Vermittlung der Gefahren für die Demokratie und die
83 Einzelnen aufgrund autoritärer Denkweisen.

5:

1 Antragsteller: UB Würzburg-Land

2

3 Adressaten: Bundesparteitag, Landesparteitag, Bezirksparteitag, Landtagsfraktion

4

5 **Mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen - Alte Abschlussaufgaben kostenfrei zur**
6 **Verfügung stellen!**

7

8 Beschluss:

9

10 Wir fordern, dass alte Abschlussaufgaben und -lösungen ausnahmslos allen Prüfungs-
11 teilnehmer*innen einfach zugänglich und kostenlos online zur Verfügung gestellt wer-den.

12

13 Begründung:

14

15 Zur Vorbereitung auf die Abiturprüfung nutzen Schüler*innen alte Prüfungsaufgaben. Diese
16 sind jedoch mit Ausnahme von Niedersachsen und Schleswig-Holstein nicht kostenlos online
17 verfügbar. Stattdessen verkaufen die Kultusministerien die alten Abituraufgaben für wenige
18 hundert Euro an private Verlage, die diese dann als Prüfungsvorbereitungen weiterverkaufen
19 und damit Geld verdienen wie Recherchen von *Frag den Staat* zeigen.

20

21 (Quellen: [https://www.sueddeutsche.de/politik/abitur-pruefungen-verlage-](https://www.sueddeutsche.de/politik/abitur-pruefungen-verlage-1.5790765?reduced=true)
22 [1.5790765?reduced=true | https://fragdenstaat.de/blog/2023/04/11/staat-verscher-belt-](https://fragdenstaat.de/blog/2023/04/11/staat-verscher-belt-pruefungen-verlag-verdient-millions/)
23 [pruefungen-verlag-verdient-millions/](https://fragdenstaat.de/blog/2023/04/11/staat-verscher-belt-pruefungen-verlag-verdient-millions/)).

24

25 Es ist allerdings möglich über *Frag den Staat* beziehungsweise als Privatperson Anfragen an
26 das Kultusministerium zu stellen und so Zugang zu bekommen. Dieses Vorgehen sollte
27 jedoch einfacher sein, damit Schüler*innen im Prüfungsstress ohne Aufwand alte Aufgaben
28 herunterladen können sollten.

29

30 (Quelle: <https://fragdenstaat.de/kampagnen/verschlusssache-pruefung/app/bayern/>).

31

32 Um die Chancengleichheit in der Bildung zu fördern, muss sichergestellt werden, dass alle
33 Schüler*innen unabhängig von ihrer Schulart auf die gleichen Ressourcen zur Prüfungsvor-
34 bereitung zugreifen können. Es sollte keine Frage des Geldbeutels sein, ob man sich diese
35 verlegten Prüfungsvorbereitungsbücher kaufen kann.

36

37 Deshalb sollten alte Prüfungsfragen und -lösungen für alle Abschlussarbeiten der ver-
38 schiedenen Schularten kostenlos und einfach online zugänglich gemacht werden. Die
39 Verlage können die alten Prüfungsaufgaben trotzdem verlegen und mit zusätzlichen In-
40 halten versehen. Jedoch sollte nicht der Staat privaten Verlagen kostengünstig mit Steu-
41 ergeld finanzierte Aufgaben zur Verfügung stellen, wenn sie nicht gleichzeitig für alle
42 kostenlos verfügbar sind.

43

44 Deshalb fordern wir zum Abbau von Bildungsungerechtigkeit vergangene Abschlussauf-
45 gaben und -lösungen kostenlos online verfügbar zu machen.

6:

1 Antragsteller: UB Würzburg-Land

2

3 Adressaten: Bundesparteitag, Landesparteitag, Bundes- und Landtagsfraktion

4

5 **Mastodon statt X! Datenschutzfreundliche und für alle öffentlich zugängliche** 6 **Kommunikation durch staatliche Behörden**

7

8 Beschluss:

9

10 Wir fordern die Bundesbehörden und -ministerien sowie die Landesbehörden und -
11 regierungen dazu auf, verstärkt auf datenschutzfreundliche und öffentlich zugängliche
12 Mikroblogging-Plattformen wie Mastodon zu setzen, um eine transparente,
13 datenschutzfreundliche und für alle öffentlich zugängliche Kommunikation mit den
14 Bürger*innen sicherzustellen.

15

16 Begründung:

17

18 Eine transparente und datenschutzfreundliche Kommunikation von Behörden und Ministerien
19 ist in der modernen Öffentlichkeitsarbeit von hoher Bedeutung.

20

21 Im letzten Jahr haben sich die Bedingungen für die öffentliche Kommunikation auf Twitter/X
22 allerdings erheblich verändert. Die Tatsache, dass Tweets/X-Posts ohne ein Konto auf diesen
23 Plattformen nicht mehr angesehen werden können, hat dazu geführt, dass diese Posts nicht
24 mehr öffentlich zugänglich sind.

25

26 Dies widerspricht dem Grundsatz der Gleichheit und der transparenten Kommunikation von
27 Behörden und Ministerien mit der Öffentlichkeit. Im Gegensatz dazu ermöglichen Plattformen
28 wie Facebook oder Instagram das Lesen von Posts auch ohne Konto, wodurch sie besser
29 geeignet sind, um Informationen öffentlich zugänglich zu machen.

30

31 In diesem Zusammenhang fordern wir, dass Behörden und Ministerien nach Möglichkeit auf
32 die Nutzung von Twitter/X in der öffentlichen Kommunikation verzichten und sich auf andere
33 Mikroblogging-Plattformen konzentrieren sollen, die datenschutzfreundlich sind und
34 gleichzeitig für alle Bürger*innen öffentlich zugänglich.

35

36 Auf Mastodon, einer dezentral organisierten Mikroblogging-Alternative zu X/Twitter aus
37 Europa, sind Informationen für alle öffentlich zugänglich. Die Accounts können zudem
38 datenschutzfreundlich betrieben werden.

39

40 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) betreibt
41 bereits eine eigene Mastodon-Instanz (bund.social), die von Bundesbehörden und -
42 ministerien genutzt werden kann. Einige Landesbehörden und -regierungen sind bereits auf
43 dieser Plattform vertreten. Daten werden hier auf dem Server des Bundesbeauftragten
44 gespeichert. Gleichzeitig kann gesteuert werden, dass ausschließlich offizielle Stellen diese
45 Instanz nutzen dürfen. Damit können Fake-Account schneller erkannt werden und die
46 Verbreitung von Fake-News besser vorgebeugt werden.

7:

1 Antragsteller: UB Würzburg-Land

2

3 Adressaten: Bundesparteitag, Landesparteitag, Bezirksparteitag, Bundestagsfraktion

4

5 **KI-Inhalte eindeutig kennzeichnen – Urheberrecht anpassen**

6

7 Beschluss:

8

9 Wir fordern, dass alle Texte und Inhalte, die von einer Künstlichen Intelligenz erstellt werden,
10 für alle nachvollziehbar als KI-generiert markiert werden müssen, sobald sie veröffentlicht
11 werden. Das Urheberrecht soll hierzu entsprechend angepasst werden.

12

13 Begründung:

14

15 Im Sinne unseres Antrags möchten wir darauf hinweisen, dass die folgenden Zeilen mit Hilfe
16 von ChatGPT (March 23 Version) erstellt wurden. Hierzu haben wir um eine Begründung
17 unseres vorangestellten Beschlussvorschlags gebeten. Alle folgenden Zeilen sind also von
18 einer KI verfasst:

19 Die Forderung, dass alle von Künstlicher Intelligenz (KI) erstellten Texte und Inhalte als
20 solche gekennzeichnet werden müssen, ist wichtig aus mehreren Gründen.

21

22 Erstens ist es ein wichtiger ethischer Grundsatz, dass diejenigen, die von einer KI generierte
23 Inhalte konsumieren, wissen sollten, dass es sich nicht um menschliche Arbeit handelt.
24 Wenn Leser*innen oder Nutzer*innen davon ausgehen, dass der Inhalt von einem Menschen
25 erstellt wurde, kann dies zu Missverständnissen oder Fehlinterpretationen führen. Dies ist
26 insbesondere dann relevant, wenn es sich um Themen handelt, die von hoher Relevanz oder
27 Bedeutung sind, wie beispielsweise politische Nachrichten oder medizinische Informationen.

28

29 Zweitens ist die Unterscheidung zwischen menschlichen und KI-generierten Inhalten auch
30 wichtig für die Transparenz und Verantwortlichkeit der Verfasser*innen. Es gibt bereits Fälle,
31 in denen KI-Systeme eingesetzt wurden, um automatisch Inhalte zu erstellen, die dann ohne
32 Kennzeichnung oder Offenlegung veröffentlicht wurden. Dies kann dazu führen, dass die
33 Verantwortung für den Inhalt auf niemanden übertragen wird, was eine klare Verletzung der
34 journalistischen Ethik darstellt.

35

36 Schließlich gibt es auch rechtliche Aspekte, die berücksichtigt werden müssen. Da KI-
37 Systeme in der Lage sind, menschenähnliche Ergebnisse zu erzielen, könnte es in einigen
38 Fällen schwierig sein, die Urheber*innen der Inhalte eindeutig zu identifizieren. Durch die
39 Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten könnte das Urheberrecht angepasst werden, um
40 sicherzustellen, dass die Eigentumsrechte klar geregelt sind.

41

42 Insgesamt ist die Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten eine wichtige Maßnahme, um
43 sicherzustellen, dass Leser*innen und Nutzer*innen von Inhalten wissen, was sie
44 konsumieren, wer dafür verantwortlich ist und welche rechtlichen Bestimmungen gelten.

8:

1 Antragstellerin: AG 60+ Unterfranken

2

3 Empfänger: Bezirksparteitag, Parteivorstand

4

5 **Der Parteitag der SPD im Bezirk Unterfranken hat folgenden Antrag an den**
6 **Parteivorstand beschlossen:**

7

8 Die Ergebnisse der bayrischen Landtagswahlen und der Wahlen zum Europaparlament sind
9 bedrückend.

10

11 Wir müssen Parteiaustritte hinnehmen und bemerken, dass das Engagement bei manchen
12 Mitgliedern nachlässt. Es wird immer schwieriger für die Ortsvereinsvorsitzenden, Mitglieder
13 für Aktionen der Partei zu motivieren. Es bedarf vieler persönlicher Kontakte und Gespräche,
14 um Mitglieder zum Mitmachen zu bewegen. Es fehlt die Begeisterung für gemeinsame Ziele
15 und Perspektiven im täglichen Politikgeschehen.

16

17 Wir stehen voll hinter Lars Klingbeil, wenn er sagt, die SPD muss wieder kämpferischer
18 werden!

19

20 Daher fordern wir den PV auf, mit Hilfe der SPD-Fraktion im Bundestag folgende Ziele zu
21 formulieren und umzusetzen:

22

23 • Finanzen

24 Schuldenbremse muss weg oder zumindest dem Investitionsfinanzbedarf
25 angepasst werden.

26

27 • Energie

28 Es muss ein Konzept weiterentwickelt werden, das für die Bürgerinnen und
29 Bürger immer verständlich und vor allem bezahlbar ist.

30

31 • Rente

32 ALLE zahlen ein, auch Selbständige und Beamte, die Beitragsbemessungsgrenze
33 entfällt, auch die Minijobber haben einen Beitrag zu ihrer Altersversorgung zu
34 leisten.

35

36 • Klima

37 Mehr Hochwasserschutz. Elementarversicherung als Pflichtteil der
38 Gebäudeversicherung.

9:

1 Antragsteller: UB Schweinfurt-Kitzingen

2

3 Empfänger: Bezirksparteitag, Bundesparteitag, Parteivorstand

4

5

6 **Mut zur Veränderung**

7

8 Die Bundestagswahl 2021 markierte eine positive Wende nach langen Jahren des
9 Abwärtstrends für die Sozialdemokratie in Deutschland. Im Vergleich zu 2017 ist es uns
10 gelungen, 5,2 Prozentpunkte hinzuzugewinnen. 67 Prozent der Befragten hielten unseren
11 damaligen Kandidaten Olaf Scholz für das Amt des Bundeskanzlers geeignet. Auch bei den
12 Themen konnte die SPD punkten: Für 53 Prozent der Menschen war die soziale
13 Gerechtigkeit in Deutschland das wichtigste Thema, gefolgt von Klimaschutz (43 Prozent)
14 und Migration (25 Prozent).

15

16 Heute, rund drei Jahre nach der Bundestagswahl, könnte die Situation dramatischer nicht
17 sein. Bereits die vergangenen Landtags- und Kommunalwahlen haben gezeigt, dass die
18 historisch schlechten Wahlergebnisse ihre Ursache zu einem großen Teil in der Performance
19 der Bundesregierung haben. Laut Infratest war für 55 Prozent der Wähler:innen die
20 Bundespolitik ausschlaggebend für ihre Stimme bei dieser Europawahl. Durch den
21 andauernden Streit in der Ampelkoalition schaffen wir es nicht, unsere sozialdemokratischen
22 Errungenschaften ausreichend zu kommunizieren. Das Vertrauen der Bürger*innen in unsere
23 Politik schwindet, rechte Parteien verzeichnen trotz schwerwiegender Skandale deutliche
24 Stimmenzuwächse. Erschwerend kommt hinzu, dass die politischen Mitbewerber unsere
25 politische Arbeit durch gezielte Kampagnen (z.B. Fairheizen der Union) in der Öffentlichkeit
26 schlecht reden und dadurch die ohnehin aufgeheizte Stimmung weiter anfachen

27

28 Nicht erst nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern war klar, dass sich etwas ändern
29 muss. Ein Weiter so kann und darf es jetzt nicht mehr geben.

30

31 Deshalb fordern wir:

32

33 1. Die Menschen in unserem Land erwarten in Zeiten multipler Krisen und wirtschaftlicher
34 Unsicherheit eine klare und verständliche Führung. Diese Führung muss der Bundeskanzler
35 der Bundesrepublik Deutschland übernehmen, nach innen wie nach außen.

36

37 2. Unsere sozialdemokratischen Errungenschaften müssen offensiv kommuniziert werden.
38 Von unseren vielen Mitgliedern genauso wie von allen Mandatsträger*innen. Wir haben viel
39 erreicht, auf das wir stolz sein können: Die Erhöhung des BAföG, eine Reform des
40 Wohngeldes, die größten Rentenerhöhungen in der Geschichte der Bundesrepublik, die
41 Erhöhung des Mindestlohns und nicht zuletzt auch das Deutschlandticket sind einige von
42 vielen sozialdemokratischen Herzensprojekten, die das Leben der Menschen in Deutschland
43 spürbar verbessert haben. Darauf sind wir stolz. Das gilt es den Bürger*innen immer wieder
44 zu vermitteln.

45

46 3. Als Friedenspartei blicken wir mit Sorge auf den Krieg in der Ukraine und den im Nahen
47 Osten. Wir stehen an der Seite der Ukraine und Israels. Wir unterstützen den Friedensplan
48 des US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden für den Nahen Osten, wie ihn sich auch die
49 UNO zu eigen gemacht hat. Wir fordern den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, den
50 verbrecherischen Krieg in der Ukraine zu beenden und seine Truppen auf russisches Gebiet

10:

1 zurückzuziehen, damit baldmöglichst Verhandlungen aufgenommen werden können. Das
2 Ziel muss eine Nachkriegsordnung und Sicherheitsarchitektur sein, die insbesondere dem
3 Sicherheitsbedürfnis der Ukraine ausreichend Rechnung trägt. Bis dahin unterstützen wir die
4 Ukrainer in ihrem Abwehrkampf mit allen notwendigen Mitteln und solange wie nötig.

5
6 4. Wir dürfen nicht den Blick auf die Mehrheit der Menschen in unserem Land verlieren.
7 Sozialdemokratische Politik ist immer auch eine Politik für die arbeitende Mehrheit der
8 Menschen in Deutschland, ohne dabei Minderheiten außen vor zu lassen, Die wirtschaft-
9 liche Unsicherheit in Zeiten multipler Krisen sorgt bei vielen Menschen für Verunsicherung.
10 Diese spiegelt sich beispielweise auch in der Aktion der IG Metall Schweinfurt wider, die mit
11 „SOS Kugellagerstadt“ auf die Herausforderungen der Transformation aufmerksam macht.
12 Auf diese Herausforderungen braucht es sozialdemokratische Antworten. Die Sicherung des
13 Industriestandorts Deutschland hat deshalb für uns höchste Priorität. Zurecht wird von uns
14 erwartet, Arbeitsplätze und Wohlstand zu erhalten. Dafür braucht es eine Zukunftsvision, die
15 Sicherheit in Zeiten des Wandels bietet. Mit dem Selbstbestimmungsgesetz, dem
16 Staatsangehörigkeitsrecht, der Cannabislegalisierung und Wahlrechtsreform haben wir eine
17 gesellschaftliche Modernisierung angeschoben. Darauf sind wir stolz.

18
19 5. Wir sind eine pluralistische und weltoffene Gesellschaft. Trotzdem beschäftigt uns die
20 Debatte um Migration seit Jahren. Rechte Parteien nutzen das Thema, um einen Keil in
21 unsere Gesellschaft zu treiben. Neiddebatten und Falschaussagen (z. B. Zahnersatz bei
22 Ukrainer*innen) entfachen eine gefährliche Mischung, der wir entgegenwirken müssen.
23 Dabei ist für uns klar, dass das Recht auf Asyl, die Grund- und Menschenrechte, gültig sind
24 und geachtet werden müssen. Wir bieten geflüchteten Menschen jedoch Chancen. Dafür
25 braucht es die richtigen Voraussetzungen. Noch immer ist das Angebot an Integrations- und
26 Sprachkursen zu gering. Noch immer dauert die Bearbeitung von Asylanträgen zu lange.
27 Daneben wird deutlich, dass weiterhin erheblicher Investitionsbedarf in unsere Infrastruktur
28 besteht. Dieser Umstand ist nicht den Geflüchteten geschuldet. Vielmehr zeigt er das
29 Versäumnis der vergangenen Jahrzehnte auf. Deshalb fordern wir den Ausbau von
30 Kinderbetreuungsangeboten für alle Menschen in Deutschland, eine deutliche Erhöhung des
31 Kursangebotes für Integrations- und Sprachkurse, eine schnellere Digitalisierung und
32 Bearbeitung der Asylanträge sowie einen einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt.

33
34 6. Mit dem Bürgergeld haben wir eine der größten sozialpolitischen Reformen der letzten 20
35 Jahre umgesetzt. Wir geben Menschen in schwierigen Lebenssituationen mehr Sicherheit
36 und bessere Chancen auf gute Arbeit. Wer Hilfe braucht, soll keine Angst mehr haben, die
37 Wohnung oder das Ersparte zu verlieren. Damit werden wir dem Respektsbegriff aus der
38 letzten Bundestagswahlkampagne gerecht und darauf sind wir stolz. Gleichzeitig muss klar
39 sein, dass wir die Ausnutzung des Bürgergeldes nicht tolerieren können, denn das führt zu
40 gesellschaftlichen Verwerfungen. Wer darauf angewiesen ist, muss es unbürokratisch
41 bekommen. Wer es ausnutzt, muss mit den Mitteln des Rechtsstaates bestraft werden. Das
42 Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt steht für uns an oberster Stelle. Dafür braucht es
43 funktionierende Mechanismen und, wo nötig, Sanktionsmöglichkeiten. Daneben benötigen
44 wir mehr Personalstellen bei der Kontrolle von Schwarzarbeit, in den Gewerbeaufsichts-
45 ämtern und bei der Steuerfahndung. Denn egal ob arm oder reich, wer den Staat betrügt
46 muss zur Rechenschaft gezogen werden.

11:

1 Wie zuvor der Stadtverbandsparteitag Aschaffenburg beschließt auch die UnterfrankenSPD
2 diese Resolution:

3

4 **1. Das Klinikum Aschaffenburg-Alzenau muss tarifgebunden bleiben:**
5 **Ein attraktiver Gesundheitsstandort braucht attraktive Arbeitsbedingungen!**

6

7 **2. Keine Kliniksanieung auf Kosten der Beschäftigten:**
8 **Wertschätzung für alle Beschäftigten des Klinikbetriebs!**

9

10 Begründung:

11

12 Die über 2.500 Beschäftigten an unserem kommunalen Klinikum Aschaffenburg-Alzenau
13 leisten ihren wertvollen Beitrag für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung am
14 bayerischen Untermain. Den Beschäftigten des Klinikums und seiner GmbHs gilt unsere
15 höchste Wertschätzung! Zu dieser Wertschätzung gehört tarifvertraglich geregelte
16 Entlohnungsstrukturen und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten.

17

18 In den letzten Jahren erfolgten am Klinikum Aschaffenburg-Alzenau bereits zahlreiche
19 Ausgliederungen (Outsourcing-Maßnahmen) u.a. in den Bereichen Wäscherei, Transport,
20 Physiotherapie oder Küche. Im Jahr 2020 hat der SPD-Parteitag unmissverständlich
21 gefordert: „Die geplanten Auslagerungen sind vom Aufsichtsrat zu hinterfragen und
22 unverzüglich zu stoppen.“

23

24 Vier Jahre später hat die Klinikleitung zusammen mit dem Aufsichtsrat unter Missachtung
25 aller tariflicher und sozialpartnerschaftlicher Verfahren beschlossen, zum 30.9.24 aus dem
26 kommunalen Arbeitgeberverband auszutreten und jegliche Wertschätzung gegenüber den
27 Beschäftigten und Tarifpartnern missen lassen.

28

29 Die UnterfrankenSPD verurteilt den Beschluss, aus dem Arbeitgeberverband auszutreten,
30 scharf.

31

32 Die UnterfrankenSPD fordert die Klinikleitung und den Aufsichtsrat auf, diesen Beschluss
33 rückgängig zu machen und unverzüglich in den Arbeitgeberverband und somit die
34 Tarifbindung zurückzukehren. Denn ein attraktiver Gesundheitsstandort braucht attraktive
35 Arbeitsbedingungen!

36

37 Gleichzeitig fordert die UnterfrankenSPD, Verhandlungen mit den Sozialpartnern und
38 Mitbestimmungsgremien aufzunehmen, um ggf. unter Hinzuziehung externer Expertise
39 tragfähige Zukunftskonzepte eines attraktiven Klinikums in kommunaler Hand und
40 dauerhafter Tarifbindung zu erarbeiten.

41

42 Es darf keine Kliniksanieung auf Kosten der Beschäftigten geben, stattdessen bedarf es
43 großer Wertschätzung für alle Beschäftigten des Klinikbetriebs! Die UnterfrankenSPD steht
44 fest an der Seite der Kolleginnen und Kollegen, die für den Erhalt der Tarifbindung kämpfen.

12:

1 **Resolution zum Tarifkonflikt am Universitätsklinikum Würzburg**

2

3 Rund 1.250 der gut 7.000 Beschäftigten an der Würzburger Uniklinik sind zu deutlich
4 schlechteren Arbeitsbedingungen in eine Service GmbH ausgelagert. Dort verdienen sie
5 13,50 Euro brutto die Stunde. Das ist der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn für die
6 Gebäudereinigung. Ihre Bezahlung orientiert sich lediglich am Branchentarifvertrag für
7 Gebäudereinigung, die Service GmbH ist aber nicht tarifgebunden.

8

9 Die Servicekräfte an der Uniklinik in Würzburg streiken – wie ihre Kolleginnen und Kollegen
10 in Regensburg und Erlangen – für einen Tarifvertrag und eine Angleichung ihrer Löhne an
11 den Ländertarifvertrag. Wir, die UnterfrankenSPD, schließen uns ihrer Forderung nach
12 vergleichbaren Arbeits- und Einkommensbedingungen wie im Mutterhaus an.

13

14 Die Beschäftigten bei den Servicekräften sind mitverantwortlich für die Hygiene, die
15 Sterilisation, für den Patiententransport, für die Müllentsorgung genauso wie für das Essen
16 am Patientenbett. Ohne sie kann das medizinische Personal nicht seinen Job machen und
17 die kranken Menschen versorgen. Ausgliederung, Spardruck und Tariffucht wirken sich
18 negativ auf die Versorgungsqualität aus: durch schlechte Arbeitsbedingungen,
19 Personalmangel, Arbeitsverdichtung und Sparzwang leidet die Qualität der
20 Patientenversorgung.

21

22 Die bayerische Staatsregierung ist hier in der Pflicht, die Tariffucht zu beenden, da dem
23 Land Bayern 51 Prozent dieser Serviceagentur gehören.

24

25 Auch die Klinikleitung in Würzburg zeigt weiterhin keine Verhandlungs- und
26 Kompromissbereitschaft. Wir fordern daher die Würzburger Klinikleitung auf, sich ein Beispiel
27 an der Entwicklung in Regensburg zu nehmen. Dort konnten zentrale Eckpunkte für eine
28 Tarifeinigung mit der Arbeitgeberseite geeint werden. Es ist höchste Zeit, dass auch die
29 Würzburger Klinikleitung von ihrer Verweigerungshaltung abweicht. Neben den Interessen
30 der Beschäftigten geht es auch um das Wohl der Patientinnen und Patienten, die unter den
31 aktuellen Bedingungen leiden.

32

33 Die UnterfrankenSPD steht fest an der Seite der Kolleginnen und Kollegen, die für eine
34 Anwendung des Tarifvertrags TV-L eintreten. Wir wehren uns dagegen, dass Beschäftigte mit
35 hoher Verantwortung bei öffentlichen Arbeitgebern Stundenlöhne knapp über dem
36 gesetzlichen Mindestlohn erhalten. Deshalb fordern wir die Arbeitgeberseite auf, ihre
37 Blockadehaltung aufzugeben und den entsprechenden Tarifvertrag anzuwenden.

13:

1 **Resolution zum angekündigten Stellenabbau bei Preh** 2 **– Wir stehen an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

3

4 Die UnterfrankenSPD ist in großer Sorge wegen des geplanten Stellenabbaus bei Preh am
5 Firmensitz in Bad Neustadt/Saale. Mit Bestürzung und Unverständnis nehmen wir den Plan
6 zur Kenntnis, 420 Arbeitsplätze zu streichen. Nach dem verlorenen Kampf um 280 Stellen
7 bei Valeo und den angekündigten Stellenstreichungen in der Schweinfurter Großindustrie ist
8 dies ein weiterer Schlag für die Region.

9

10 Die SPD Unterfranken steht an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und
11 unterstützt ihren Kampf um Arbeitsplätze. Hinter jedem Arbeitsplatz stehen Menschen und
12 Familien. Dieser Stellenabbau hat gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen und wäre ein
13 Unglück für die gesamte Region und führt zwangsläufig zu einer weiteren Schwächung des
14 ländlichen Raumes.

15

16 Deswegen werden wir weiter um diese und alle Arbeitsplätze in der Auto-Zulieferindustrie
17 kämpfen. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus dem Deutschen Bundestag, dem
18 Bayerischen Landtag und der Kommunalpolitik stehen bereits in engem Austausch mit dem
19 Betriebsrat und der Gewerkschaft. Wir fordern die Unternehmensführung auf, gemeinsam
20 mit der Beschäftigtenvertretung Möglichkeiten zu finden, die Krise ohne Stellenabbau
21 aufzufangen. Strukturwandel ist ohne Kahlschlag möglich.

14: